Einzelpreis 30 Pfg. • 4. Jahrgang

Die „Freiheit" erscheint täglich morgens und nachmittags, Sonntags und Montags nur einmal. Der Bezugspreis beträgt bei freier Zustellung ins Haus und durch die Post bezogen M. 12.—, im voraus zahlbar. Für Postbezug nehmen sämtliche Postanstalten Bestellungen entgegen. Unser Streifband bezogen für Deutschland, Danzig, das Saar- und Memelgebiet sowie die früheren deutschen Gebiete Polens und Luxemburg M. 23.—, für das übrige Ausland M. 30.—.

Redaktion, Expedition und Verlag: Berlin C 2, Breite Straße 8-9

Montag, 31. Oktober 1921

Nummer 510 • Abend-Ausgabe

Die neungespaltene Nonpareillezeile oder deren Raum kostet 6,— M. einschließlich Inseratensteuer. Kleine Anzeigen: Das fettgedruckte Wort 2,— M., jedes weitere Wort 1,50 M. einschließlich Inseratensteuer. Laufende Anzeigen laut Tarif. Familien-Anzeigen und Stellen-Gesuche 3,75 M. netto pro Zeile. Stellen-Gesuche u. Wort-Anzeigen: das fettgedruckte Wort 1,50 M., jedes weitere Wort 1.— M.

Fernsprecher: Zentrum 152 30—152 39

Freiheit

Berliner Organ der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Verschärfung im Gasthausstreik

An die Arbeiter und Angestellten Groß-Berlins!

Seit vier Wochen stehen die Angestellten im Gastwirtsgewerbe im Streik. Sie fordern nichts anderes, als eine Regelung ihrer wirtschaftlichen Verhältnisse, die bisher allen Arbeitnehmergruppen gewährt wurde. Die Unternehmer im Gastwirtsgewerbe bemühen diesen reinen Lohnkampf zu einem

Generalangriff gegen die organisierten Gastwirtsgehilfen

mit dem Endziel, den gewerkschaftlichen Zusammenschluß dieser Gruppe zu zerreißen, um dann, noch brutaler als bisher, ihren Willen den Gastwirtsangestellten diktieren zu können.

Daß die Angestellten im Gastwirtsgewerbe wirklich nur eine den Zeitverhältnissen entsprechende Regelung ihrer Lohn- und Arbeitsbedingungen erstreben, beweist ihre allezeit gezeigte Verhandlungs- und Verständigungsbereitschaft. Die Unternehmer jedoch lehnen jede Verständigung und alle Verhandlungen ab, und sind sie wirklich, um den äußeren Schein zu wahren, erschienen, dann behandeln sie die Angelegenheit dilatorisch und benehmen sich provozierend. Sie brüskieren alle Stellen, die sich um Verhandlungen bemühten. Sie brüskierten das Arbeitsministerium, das Preußische Ministerium des Innern, den Demobilmachungskommissar, das Polizeipräsidium, den Magistrat.

Den Unternehmern fällt alle Verantwortung zu für eine Verschärfung des Kampfes. Auf diese in der letzten Verhandlung seitens der Arbeitnehmervertretung gemachte Feststellung haben die Unternehmer in bezeichnender Weise geschwiegen.

Nachdem die Streikenden in einer geradezu vorbildlichen Selbstbeherrschung bisher den Kampf allein als Kampf ihrer Gruppe geführt haben, damit aber auf der Gegenseite keinerlei Verständnis fanden, muß jetzt der Kampf verschärft werden. Es gilt, die beabsichtigte

Erdrosselung des Koalitionsrechtes

nunmehr in voller Geschlossenheit abzuwehren. Die Unternehmer im Gastwirtsgewerbe sind der Stoßtrupp der übrigen Arbeitgebergruppen. Gelingt diesen Unternehmern, die sich infolge der Verhältnisse in ganz kurzer Zeit auf Kosten der Allgemeinheit bereichern konnten, ihr Vorhaben, dann wird in anderen Branchen ähnliches versucht werden. Wir rufen deshalb die Gesamt-Arbeitnehmerschaft Groß-Berlins zur

Solidarität für die Gastwirtsgehilfen

auf. Diese Solidarität muß praktischer noch als bisher und fühlbarer für die Unternehmer in Erscheinung treten und zugleich den Behörden zeigen, daß ihre den Unternehmern gegenüber geübte Nachsicht falsch war.

Die organisierte Arbeitnehmerschaft Groß-Berlins hat sofort in den

Lieferungsstreik für alle bestreikten Betriebe

einzutreten,

die Saalsperre ist mit äußerster Genauigkeit in den Betrieben die nicht bewilligt haben, durchzuführen

ebenso sind dort alle Vergnügungen abzusagen.

Auf zur restlosen Unterstützung der Streikenden!

Der Kampf der Gastwirtsangestellten ist jetzt der Kampf der Gesamt-Arbeitnehmerschaft Groß-Berlins!

Es lebe die Solidarität!

Afa-Bund, Ortskartell Groß-Berlin
Flatau. Otto. Schikora.

Der Ausschuß der Gewerkschaftskommission Berlins und Umgegend

Fritz Schmidt (Bank- und Handelsgewerbe; freie Berufe). Emil Thöns (Baugewerbe). Willy Lehmann (Bekleidungs- und Textilindustrie). Wilhelm Reimann (Chemische Industrie). Peter Kaspar (Graphisches Gewerbe). Karl Boese (Holzindustrie). Wilhelm Schumann (Lebens- und Genußmittel-Industrie). August Blume (Lederindustrie). Otto Ziska (Metallindustrie). Karl Polenske (Staatl. und kommunale Betriebe). Otto Ortmann (Verkehr). Eduard Bernotat (Landwirtschaft, Gärtnerei und Hausangestellte). Emil Barth (Betriebsrätezentrale). G. Sabath, Carl Bollmerhaus, Vorsitzende des Ausschusses der Gewerkschaftskommission.

Für das ungarische Proletariat!

Von Sigmund Kunfi, Wien.

Der Henker des ungarischen Proletariats, Horthy, hat unter dem Eindruck der erfolgten Mobilisierung in der Tschechoslowakei und Jugoslawien Karl Habsburg vertrieben. Er hat damit für manche Mächte, denen ein konterrevolutionäres Ungarn, als eine Sicherung gegen den Anschlußwillen Oesterreichs und als ein Bollwerk der Reaktion im allgemeinen sehr wertvoll ist, seine Nützlichkeit bewiesen. Horthy zu retten, ist deshalb heute das vornehmste Ziel der Diplomatie der Großen Entente.

Horthy und damit das ganze konterrevolutionäre Ungarn zu stürzen, an die Stelle der Militärdiktatur die demokratische Republik Ungarn zu setzen — das muß heute das Ziel aller demokratischen, aller proletarischen Kräfte vor allem in Mitteleuropa sein. Es handelt sich hier um die Befreiung des ungarischen Proletariats aus einem Zustande der Erniedrigung und Folterung, der in der Geschichte kaum seinesgleichen hat.

Der Sieg der Konterrevolution in Ungarn war vor zwei Jahren das Signal für alle reaktionären Kräfte der Welt, aus ihrer Reserve herauszutreten und den Sturmlauf gegen die kümmerlichen Reste der Revolution in ganz Mitteleuropa zu beginnen. Das Beispiel, das Horthy-Ungarn gab, wirkte überall ansteckend; die Widerstände gegen alle politischen und wirtschaftlichen Forderungen des Proletariats wuchsen ins Ungeheuerliche seit dem Tage, wo der Galgen, das Kastriermesser und der Horthyknüppel zu den vornehmsten sozialpolitischen Instrumenten in Ungarn wurden. Das Proletariat Mitteleuropas möge dessen eingedenk sein, daß es Horthy war, der seine Mordgesellen auf alle proletarischen Kämpfer losgelassen hatte; Horthy und seine jetzt „siegreichen" Offiziere haben all das schändliche an den Revolutionären, Freiheitskämpfern und Friedensfreunden verbrochen, zu dessen Abwehr das Proletariat vor anderthalb Jahren den Boykott über Ungarn verfügt hat; Horthy und seine Mordgesellen haben Otto Korvin, Oskar Levay und die ungezählten Braven gehängt, Frau Hamburger geschändet, jede Regung der Arbeiterschaft Ungarns blutig niedergeschlagen. Er und seine Regierung haben die irredentistische Bewegung in allen Nationalstaaten geschürt, zum Sturze der Republik in Oesterreich ihre politische und militärische Detachements ausgerüstet.

Horthy hat Karl Habsburg nur deshalb gestürzt, weil dieser durch sein unkluges, plötzliches Vorgehen die Mörderwirtschaft in Ungarn in die größte Gefahr brachte. Um die Konterrevolution mit allen ihren Greueln, mit ihren Galgen, Kerkern, Internierungslagern usw. zu retten, warf er sich Karl Habsburg entgegen. Gestern ließ er noch durch seinen Ministerpräsidenten erklären, daß Karl der gesetzliche König ist. Gestern ließ er noch verlautbaren, daß er die notwendigen diplomatischen Schritte zur Wiedereinsetzung Karls unternehmen werde. Seine Regierung entsandte Baron Borovicenyi nach Hartenstein, um die ständige Verbindung mit Karl herzustellen, und im Komitate Stuhlweißenburg duldete seine Regierung als Obergespan den Grafen Josef Karolyi, der offen erklärte, daß er sein Amt nur verwalte, weil Karl IV. ihn ernannt habe. Seine Partei betrieb die Einsetzung eines anderen Habsburgers, des Erzherzog Albrechts, des Sohnes Friedrichs, weil der ein kaufkräftigerer Mann als Karl ist. Horthys Schutztruppe, die Offiziersvereinigung „Move" und der Verein der „Erwachenden Ungarn" stehen unter Albrechts Kontrolle. Die zweihundert Millionen Dollars, für die Erzherzog Friedrich seine Güter einem amerikanischen Konsortium verkaufte, bilden den Grund des Antikarlismus der Horthyleute.

Aber nicht nur das: das System Horthy kann nur aus der Vorbereitung des Krieges leben. Es ist ein Regierungssystem, das an dem Tage zusammenbrechen würde, wo es wirklich die Waffen aus der Hand geben müßte. Es wird also ununterbrochen rüsten und den Frieden im Donaubecken und damit in der ganzen Welt ständig bedrohen. Daran ändert der Ausgang des karlistischen Abenteuers nichts. Der Schluß mit Habsburg war gut und notwendig; aber erst der Schluß mit Horthy kann den Frieden Mitteleuropas, kann die Republiken, die aus der Revolution hervorgegangen sind, sichern.

Was kann, was muß alles geschehen, um diese große, letzte, von der Geschichte und ihren unvernünftigen Werkzeugen gebotene Gelegenheit nicht ungenützt vorbeigehen zu lassen? Die Mobilmachung in der Tschechoslowakei und in Jugoslawien sind geschichtliche Tatsachen, die ihre Auswirkungen haben werden. Es hängt nur von dem Proletariat dieser Staaten, vor allem von der Tschechoslowakei, ab, ob diese Tatsachen zu einem großen Siege der Demokratie oder zur Befestigung der Konterrevolution führen. Die Arbeiterschaft will Frieden, sie haßt den Krieg, sie ist mit vollem Recht mißtrauisch, sogar gegen die Parolen eines „revolutionären Krieges". Aber dieser Friedenswille vermochte die Mobilmachung nicht zu verhindern. Die Regierungen der Tschechoslowakei und Jugoslawien wollen nun dafür sorgen, daß Ungarn die Bedingungen, die sie gestellt haben, erfülle. Des Proletariats Aufgabe muß es sein, seine Bedingungen zu stellen, die die Entfesselung der demokrati-

Die badischen Landtagswahlen

Die U. S. P. D. bisher zwei Mandate

Karlsruhe, 31. Oktober.

Nach dem vorläufigen Ergebnis der gestrigen Landtagswahlen sind gewählt: Deutschnationale 7 Abgeordnete, Deutsche Volkspartei 5 Abgeordnete, Landbund 7 Abgeordnete, Wirtschaftliche Vereinigung 1 Abgeordneter, Zentrum 34 Abgeordnete, Demokraten 7 Abgeordnete, Sozialdemokraten 20 Abgeordnete, USPD. 2 Abgeordnete, Kommunisten 3 Abgeordnete; zusammen 86 Abgeordnete. Die alte Koalition, bestehend aus Mehrheitssozialdemokraten, Zentrum und Demokraten, zählt demnach 61 Abgeordnete. Der verflossene Landtag setzte sich aus 107 Abgeordneten zusammen. Mithin ist bisher eine Verringerung der Mandate um 21 eingetreten, was neben der verminderten Wahlbeteiligung auf die Abnahme der Zahl der Wahlberechtigten zurückzuführen ist. Auf je 10 000 Stimmen entfällt ein Abgeordneter.

Es liegen bisher folgende Einzelergebnisse vor:

Mannheim-Stadt. Deutschnationale 7165, Deutsche Volkspartei 11 616, Zentrum 14432, Wirtsch. Vgg. 2415, Demokraten 7247, Sozialdemokraten 36 383, **Unabhängige 5488**, Kommunisten 7600.

Karlsruhe-Stadt. Die Wahlbeteiligung war ziemlich rege. Es haben von 70 500 Wahlberechtigten 59 765 abgestimmt. Er erhielten: Sozialdemokraten 19 410 Stimmen, Kommunisten 3394, Zentrum 12 764, Demokraten 7346, Landbund 92, **Unabhängige 3672**, Deutschnationale 8413, Wirtsch. Vgg. 1678, Deutsche Volkspartei 7007. Ungültig 368 Stimmen.

Vorläufiges Wahlergebnis im dritten Wahlkreis **Freiburg-Emmendingen:** Deutschnationale 7440, Deutsche Volkspartei 6283, Wirtsch. Vgg. 2809, Landbund 14 409, Zentrum 52 715, Demokraten 6700, Sozialdemokraten 18 474, **Unabhängige 1674**, Kommunisten 2223.

Pforzheim-Stadt. Sozialdemokraten 10 208, Zentrum 2008, Kommunisten 1700, Wirtsch. Vgg. 728, Demokraten 2407, Deutsche Volkspartei 3826, Deutschnational 7964, **Unabhängige 1314.**

Heidelberg-Stadt. Sozialdemokraten 7454, **Kommunisten 1382**, Deutschnational 2244, Demokraten 2752, **Unabhängige 1118**, Deutsche Volkspartei 2970, Landbund 1826, Zentrum 5584, Wirtschaftliche Vereinigung 315.

Das endgültige Wahlergebnis

TU. Karlsruhe, 31. Oktober.

Von den bei der Landtagswahl abgegebenen Stimmen erhielten die Sozialdemokraten 204 591 Stimmen, das Zentrum 341 656, die Kommunisten 36 161, Landbund 77 730, Unabhängige 27 192, Deutschnationalen 76 013, Wirtschaftliche Vereinigung 11 427, Volkspartei 54 393. Der Landbund hat den stärksten Erfolg erzielt, hauptsächlich auf Kosten der Rechtsparteien, daneben hat er namentlich im badischen Oberland auch dem Zentrum und den Demokraten zahlreiche Stimmen abgenommen. Die bisherige Regierungskoalition, die aus Sozialdemokraten, Zentrum und Demokraten bestand, ist gesichert. Sie verfügt sogar über eine Zweidrittelmehrheit.

Im ganzen erhielten die Parteien folgende Mandate: Sozialdemokraten 20, bisher 36, Zentrum 34 (39), Deutschnationale 7 (7), Deutsche Volkspartei 5 (6), Landbund 7 (6), Wirtschaftliche Vereinigung 1 (6), Demokraten 7 (25), Kommunisten 3 (6), Unabhängige 2 (0). Die Beteiligung an den Wahlen war gut. In Karlsruhe wählten 86 Prozent.

*

Die auffallendste Erscheinung des Wahlergebnisses ist der katastrophale Zusammenbruch der Demokratischen Partei. Von 25 Mandaten sank sie auf 7 Mandate. In ihrer Hochburg Baden hat sie eine vernichtende Niederlage erhalten. Die Niederlage ist die unmittelbare Antwort auf die schmähliche Haltung der Demokraten bei den letzten politischen Ereignissen im Reich. Alle Hinneigung zu den Rechtsparteien hat nicht verhindern können, daß die Demokraten einen großen Teil ihres Anhangs, insbesondere auf dem Lande, an den zum erstenmal auftretenden Landbund, eine Filiale der Deutschnationalen, verloren haben.

Eingebüßt haben auch die Rechtssozialisten. Bei den Landtagswahlen 1919 hatten sie fast ein Drittel der Mandate errungen, jetzt nur noch ein knappes Viertel. Gegenüber der Reichstagswahl 1920 scheinen sie allerdings ihren Besitzstand behauptet zu haben. Ungünstig ist das Ergebnis für die Unabhängige Sozialdemokratie. Die Ursachen dafür liegen in der Tatsache, daß die Spaltung alle Organisationen der Partei in Baden zertrümmert hat, und daß es erst im Verlaufe dieses Wahlkampfes gelang, die Partei wieder aktionsfähig zu machen.

Das Zentrum hat seinen Besitzstand vergrößert. Bei den vorjährigen Landtagswahlen verfügte es über etwa 36 Prozent der Mandate, jetzt über 40.

schen Kräfte in Ungarn bewirken können. Am 25. November 1919 wurde in Budapest nach wochenlangen Verhandlungen mit Sir George Clerk, der als Vertreter sämtlicher Ententemächte die Verhandlungen in Budapest führte, als Bedingung der Anerkennung der ungarischen konterrevolutionären Regierung vereinbart: „Als Bedingung der Anerkennung der ungarischen Regierung wird gefordert . . ., daß die Regierung für jeden Ungarn die bürgerlichen Freiheitsrechte, mit inbegriffen die Pressefreiheit, das Koalitionsrecht, die freie politische Meinungsäußerung und das freie, ungehindert auszuübende allgemeine, geheime, gleiche Wahlrecht gewährleistet." Der Friedensvertrag setzt nicht nur die Grenzen Ungarns fest, verpflichtet es nicht nur zur Abrüstung, sondern fordert die gewerkschaftliche Freiheit für die Arbeiter, die volle gesetzliche Gleichberechtigung aller Bürger des Staates, die Niederschlagung der Strafverfahren gegen alle politischen Verbrechen, die zwischen dem Kriegsausbruch und der Ratifizierung des Friedensvertrages begangen wurden. Nicht eine einzige dieser Forderungen, die geltendes internationales Recht sind, ist in Ungarn erfüllt worden. Nicht eine einzige Stunde gab es in Ungarn eine Regierung, die den von Sir George Clerk formulierten, den Willen der ganzen Entente ausdrückenden Bedingungen entsprochen hätte. Diese Bedingungen stehen eben mit der Existenz der ungarischen Konterrevolution in einem solchen Widerspruch, daß ihre Verwirklichung ihre Abdankung bedeuten würde.

Die geschichtliche Aufgabe des Proletariats in der jetzigen Krise ist, diese Seite der Angelegenheit mit aller Entschiedenheit zur Geltung zu bringen. Die proletarischen Parteien aller Länder müssen über diese Sachlage aufgeklärt werden. In allen Parlamenten müssen die Arbeitervertreter die Regierungen vor diese Frage stellen In den Staaten der großen Entente, in Frankreich, England, Italien, muß das Proletariat fordern, daß die Regierungen die Durchführung dieser Forderungen mindestens nicht verhindern. In den Ländern, die keinen unmittelbaren Einfluß auf die Entscheidungen der großen Mächte haben, muß die moralische Kraft der Agitation in den Dienst dieser Forderungen gestellt werden. Aber die entscheidende Rolle in diesem Kampfe fällt durch die besonderen Umstände dem Proletariat der tschechoslowakischen Republik zu. Es muß alles daransetzen, daß alle diese Forderungen an der Spitze der nun einmal, wahrscheinlich gegen seinen Willen, aufgebotenen Bajonette der ungarischen Konterrevolution überreicht werden.

Die schon erfolgte Mobilisierung kann nicht mehr ungeschehen gemacht werden: sie in den Dienst der Demokratie zu stellen, durch ihre Kraft das Galgenregime stürzen, die Tore der Kerker aufzureißen, das ungarische Proletariat dem Leben wiederzugeben, eine republikanische Front, die von Budapest über Wien und Prag nach Berlin reicht, aus dieser Krise heimzubringen — das ist die große Aufgabe, die seiner jetzt harrt. Wird diese Politik durchgeführt, so wird es nicht zum Kriege kommen, denn durch sie werden die kriegsfeindlichen Kräfte des ungarischen Volkes zur Herrschaft gebracht. Wird die Gunst der Stunde nicht genützt, dann wird Mitteleuropa in einigen Monaten wieder vor der Gefahr stehen, mit den Waffen in der Hand seine Freiheit gegen Horthyungarn verteidigen zu müssen.

Der Wortlaut der Antwortnote

Der deutsche Botschafter in Paris hat auf die Note der Deutschen Regierung vom 27. d. M. folgende Antwortnote erhalten:

„Euere Exzellenz haben durch Ihre Note vom 27. Oktober d. J. mir mitgeteilt, daß die Deutsche Regierung gemäß der von den Alliierten Mächten am 20. Oktober 1921 getroffenen Entscheidung über die Festsetzung der Grenze zwischen Deutschland und Polen in Oberschlesien, die in dieser Entscheidung vorgesehenen Delegierten, deren Namen ohne Verzug mitgeteilt werden müssen, bezeichnen wird.

Ich habe die Ehre, Ihnen zur Kenntnis zu bringen, daß die Alliierten Mächte von dieser Mitteilung Kenntnis genommen haben, **aber sie können nicht zugeben, daß die von ihnen auf Grund des Artikels 88 des Vertrages von Versailles getroffene Entscheidung irgendwie eine Verletzung dieses Vertrages darstellt.**

Infolgedessen betrachten sie den Protest der Deutschen Regierung als unbegründet, null und nichtig. Sie wollen von der Mitteilung, die ihnen von Euerer Exzellenz gemacht worden ist, nur die bedingungslose und vorbehaltlose Erklärung der Deutschen Regierung zurückbehalten (retenir), daß sie sich allen Anordnungen der Entscheidung vom 20. Oktober mit den sich daraus ergebenden Folgen fügen wird, wie sie der Friedensvertrag Deutschland auferlegt."

Es handelt sich bei dieser Note um den genauen Wortlaut der bereits in der Sonntag-Morgenausgabe der „Freiheit" kurz mitgeteilten Antwort der Botschafterkonferenz auf die deutsche Rechtsverwahrung in der oberschlesischen Entscheidung.

Raub am Besitz der Gemeinden

Kommunalbetrieb oder kapitalistischer Besitz

Um einem längst gefühlten Bedürfnis nachdrücklichst abzuhelfen, äußert sich jetzt auch Herr Paul Michaelis im „Berliner Tageblatt" zu den von uns mehrfach erwähnten Beschlüssen des Sachverständigenbeirats beim Reichsverkehrsministerium und damit zu der Frage: Reichseisenbahn oder Privatunternehmen?

Herr Michaelis erklärt, der Sachverständigenbeirat habe sich nur vorläufig gegen eine Ueberführung der Reichseisenbahnen in Privatbetrieb ausgesprochen. Der Beschluß lasse also nicht auf eine prinzipielle Ablehnung der Verschacherung der Eisenbahn an das Privatkapital, sondern nur auf eine „zögernde Haltung" des Sachverständigenbeirats schließen.

Wir können nicht beurteilen, ob Herr Michaelis die Stimmung des Sachverständigenbeirats und das Spiel hinter den Kulissen richtig beurteilt. Das letzte dürfte er genauer kennen als wir. Aus seiner Aeußerung ergibt sich aber — und darum ist sie von Interesse —, daß die beauftragten Pressesöldlinge des Kapitals von ihren Brotgebern den Auftrag haben, die Stimmung für den Raub am Besitz der Allgemeinheit weiter vorzubereiten.

Aber die Beschlüsse des Sachverständigenbeirats verdienen, wie Herr Michaelis sagt, „eine besondere Würdigung" (durch P. M. Welche Ehre für sie!) noch aus einem besonderen Grunde. Nämlich darum, weil nach der Ansicht des Herrn Paul Michaelis alles das, was für die Staatsbahn gilt, in erhöhtem Maße für die kommunalen Verkehrsbetriebe in Betracht kommt. Die Eisenbahnen sollen mit kaufmännischem Geist erfüllt und nach privatwirtschaftlichen Grundsätzen regiert werden. Wenn sie den ernsten Willen zeigen, das zu tun, dann ist Herr Michaelis bereit, ihnen „noch eine hoffentlich nicht zu lang bemessene Schonzeit" zu gewähren. Aber bei den kommunalisierten Straßenbahnbetrieben kämen derartige Rücksichten nicht einmal mehr in Frage. Hier könne selbst die Anwendung kaufmännischer und privatwirtschaftlicher Grundsätze allein nicht zum Ziel führen, sie müssen also von vornherein mit Stumpf und Stiel und Mann und Maus vom Kapital gefressen werden. Die Gemeinden seien nicht in der Lage, die erforderlichen Kapitalien zum Wiederaufbau der von der bürgerlichen Verwaltung heruntergewirtschafteten Anlagen zu beschaffen — meint Herr Michaelis, nur daß er natürlich nicht von der Schuld der bürgerlichen Verwaltung spricht.

Aber diese Schuld steht nun einmal fest, und der fieberhafte Eifer, mit dem die Presse des Kapitals für die „Entpolitisierung der Straßenbahnen", um mit Herrn Michaelis zu reden, eintritt, verstärkt immer mehr den Verdacht, daß dieses rücksichtslose Herunterwirtschaften der kommunalen Betriebe mit Absicht und mit dem Hintergedanken geschehen ist, daß man einen so geschädigten Betrieb leichter einstecken kann als einen blühenden. Vor den Wahlen haben wir beständig betont, welches das Ziel der bürgerlichen Kommunalpolitiker ist: die Ueberführung der kommunalen Betriebe in kapitalistischen Besitz. Jetzt fängt Herr Michaelis langsam an vorzufühlen, um zu erproben, in welchem Maße sich die Fünfmänner-Mehrheit für diesen gemeinen Zweck ausnutzen läßt.

Wir geben zu, daß er der richtige Mann dafür ist. Er ist der Typ der bürgerlichen Interessenpolitiker. Und nun raten wir ihm nur noch, sich rechtzeitig mit seinem Kollegen Pinner vom Handelsteil des „B. T." in freundschaftliche Verbindung zu setzen, damit der nicht eines guten Tages unversehens das Gegenteil von dem schreibt, was Herr Michaelis auftragsgemäß vertritt.

Wo bleibt die Reform der preußischen Gemeindeverfassung?

Immer weiter verzögert sich die Vorlegung der neuen Gemeindeverfassung in Preußen. Vor Jahr und Tag wurde der preußischen Landesversammlung von den zuständigen Regierungsstellen wiederholt ihre alsbaldige Vorlegung angekündigt, aber immer wieder verzögert. Nach Ende des Vorjahres wollten die Rechtssozialisten die Landesversammlung zusammenrufen, um die Gemeindeverfassung noch zu erledigen. Diese Absicht scheiterte, da allseitig Neuwahlen verlangt wurden, und es auch nicht zu rechtfertigen war, daß ein Parlament, das nur für die Erledigung bestimmter Aufgaben — die Schaffung einer Verfassung — bestimmt war, nach Erledigung dieser Aufgabe noch länger beisammen bleiben konnte.

Wie übrigens kürzlich der Verfasser dieser Gesetze, der frühere Staatsminister Drews, in einem Artikel in der „Vossischen Zeitung" mitgeteilt hat, sei beabsichtigt, zunächst nur die Entwürfe für die Städteordnung und die Landgemeindeordnung vorzulegen, nicht aber die neue Kreis- und Provinzialordnung. Das wäre natürlich eine Halbheit. Die Drewsschen Vorlagen haben übrigens wiederholte Umarbeitungen erfahren. Besser scheinen sie aber nicht geworden zu sein.

Nachdem viele Wochen in Preußen „umgebildet" worden ist, muß endlich klare Bahn geschaffen werden über Inhalt und Wesen der neuen Gemeindeverfassung. Sie muß endlich vorgelegt werden. Hohe Zeit ist es! Der neugewählte Landtag brauchte viele Wochen, um eine neue Regierung zusammenzubringen. Der Ministerpräsident Stegerwald stellte in bestimmte Aussicht, daß nun aber sofort beim Wiederzusammentritt des Landtages nach den Ferien Ende September die neuen Verfassungsgesetze vorgelegt werden würden. Auch dieses Versprechen hat der Ministerpräsident nicht eingelöst. Diese Unterlassungssünde hat Herr Stegerwald kürzlich bei Beratung des Haushaltes des Staatsministeriums begründet mit dem Hinweis, daß seit mehreren Wochen in Preußen in Regierungsumbildung gemacht werde und er die eventuellen neuen Herren nicht vor vollendete Tatsachen stellen wollte. Die neue Gemeindeverfassung wird also davon abhängen, wie lange in Preußen noch in Umbildung gemacht wird.

Die Notlage der Zeitungen

Die Vereinigung Großstädtischer Zeitungsverleger hat sich in ihrer letzten Sitzung mit den durch die wirtschaftliche Entwicklung der letzten Monate abermals notwendig gewordenen Erhöhungen beschäftigt. Nachdem eben die Verhältnisse des technischen Personals neu geregelt worden sind, sind bereits wieder Verhandlungen mit den Redakteuren und den Angestellten der Zeitungsverlage im Gange. Außerdem kündigen die Papierfabriken eine Preiserhöhung an, die sogar schon zum 1. November eintreten soll, obwohl der Papierpreis bis zum Ende dieses Jahres festgesetzt war. Eine Erhöhung der Bezugs- und Anzeigenpreise ist von der bürgerlichen Presse für den 1. Dezember in Aussicht genommen.

Arbeitsruhe am 9. November

TU. Leipzig, 30. Oktober.

Die in Leipzig tagende Konferenz der sächsischen Gewerkschaftskartelle im Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund nahm nach lebhafter Aussprache eine Entschließung an, in der es heißt: Die Landeskonferenz der Ortsausschüsse der freien Gewerkschaften in Sachsen beschließt: **„Alle Ortsausschüsse Sachsens werden beauftragt, die Arbeiterschaft zur Arbeitsruhe am 9. November aufzufordern."** Damit haben die freien Gewerkschaften Sachsens den 9. November als Feiertag proklamiert.

Gedanken eines Menschen, der Gott sei dank jeden Tag ißt

Von M. Nadir (New York)

Uebertragen von S. Erhardt und H. Grossart

Beim Fisch hat mir meine Frau jene Zeitungsnotiz aus einem amerikanischen Städtchen vorgelegt, wo man ohne ersichtlichen Grund in eine Menge Streikender schoß. Und ich fühlte: mein Blut begann zu kochen, zu sieden, überzulaufen! Während ich nun behutsam die Gräten aus dem Stückchen Karpfen entfernte und den schmackhaften Bissen recht durchkostete, sagte ich zu mir:

„So eine Niedertracht von den Kapitalisten! Die Köpfe müßte man ihnen abdrehen! Diese schmutzigen Kannibalen! Diese verdammten Schinder!"

Als man mir den Teller mit Fleischbrühe vorsetzte, und ich nun zwischen den Nudeln die feinen Markknochen (die ich so gern habe), hat sich meine Wut ein wenig abgekocht; ich bließ über die Portion heißer Bouillon, und brummte vor mich hin:

„Wer weiß denn überhaupt, wer schuld ist! 's ist ja nicht möglich, daß man ohne weiteres hergeht, arme Menschen — Väter von kleinen Kindern — zu erschießen! — Beweis dafür?" — sann ich weiter in mich hinein. — „Warum erschießt man dich nicht? Hm?!"

Dieser logische Einwand gefiel mir sehr gut und ich schmeichelte mir selber in meinen Gedanken: „Du Weiser! Denkender Mensch Du! Du radikaler Wahrheitssucher!" Und mit anderen schönen Namen mehr beehrte ich mich.

Als man mir nun das Fleisch auf die Tafel setzte —, und ich erblickte zwei Hühnerflügel, eine süße kleine Leber und eine Keule (die ich so gern habe), begann mir erst einzuleuchten, daß die Sache durchaus nicht so schrecklich ist, wie sie mir beim Fisch erschien, und daß man auch die andere Seite zu Worte kommen lassen muß.

„Wer weiß", sprach ich in Verfolg meines Gedankenganges zu mir, während ich mich dem Genuß der Keule hingab, „wer weiß, vielleicht sind diese Streikenden wirklich schädliche Menschen? — Und warum", hab ich weiter überlegt, „warum sollen solche Schnarrer überhaupt streiken? Wer verlangt es denn von ihnen? Wenn das Gesetz, sage ich, befehlen würde: Ihr müßt streiken —! na, dann, natürlich, muß man! Dann kann man sich nicht anders helfen! So lange aber das Gesetz dir erlaubt, von 1 Dollar 60 Cent am Tage zu leben, und es legt dir sonst nichts in den Weg — wozu gehst du dann hin und streikst wegen lumpiger 40 Pennys für den Tag? Wirklich, das ist denn doch zum Lachen!"

Als man mir das ausgezeichnete Apfelkompott und ein Stückchen Strudel vorsetzte, hab' ich noch einen Blick auf die Zeitungsnotiz über die beschossenen Streiker in dem amerikanischen Städtchen geworfen, und wie ich dann zuletzt den köstlichen Schluck türkischen Kaffee aus der kleinen Tasse schlürfte, hab' ich mir voller Entrüstung gesagt:

„Was, zum Teufel, ist denn mit den Arbeitern los? Was machen sie sich so mausig! Was für ein Wesen machen sie! Was ist? Sie wollen ausgerechnet 2 Dollar am Tage? Da steht doch erstens fest: Woraus schließt man, daß die Arbeitgeber imstande sind, 2 Dollar für den Tag zahlen zu können? Vielleicht haben sie's nicht dazu! Vielleicht wollen sie nicht! Vielleicht nimmt es ihnen zuviel Zeit! Und zweitens: Wenn jene schon streiken — warum soll man nicht auf sie schießen dürfen? Werden doch", — so sprach ich weiter zu mir und säuberte mir die Zähne mit einem Zahnstocher — „werden doch in Europa tausende erschossen, die nicht streiken! Warum soll man nicht zwanzig, dreißig Arbeiter erschießen dürfen, die wegen lumpiger 40 Pennys pro Tag streiken? Was doch eigentlich lächerlich ist, — wirklich.

Und jetzt, als ich mir die feine Havanna anzündete und mich in dem bequemen Schaukelstuhl niederließ, wurde es mir völlig klar, wie närrisch, wie kleinlich die Arbeiter sind! Wegen der lumpigen 40 Pennys pro Tag hat man sich und geht hin und streikt und riskiert sein Leben.

Und ich hab' mich kaputt gelacht —! Ein unbändiges Gelächter über diese dummen Arbeiter.

Die Weimarer Kunststätten

Regelung mit dem früheren Großherzog

Aus Weimar wird uns geschrieben: Am 1. November steht die endgültige Regelung des Auseinandersetzungs-Vertrages bevor zwischen dem Großherzog Wilhelm Ernst und der weimarischen Gebietsregierung.

In bezug auf die öffentlichen Anstalten, Schlösser und Kunstinstitute ist folgendes zur Lösung vorgetragen: Der Fürst verzichtet auf alle ihm bisher zustehenden Ansprüche und Verfügungsrechte an den Stiftungen und Schenkungen für die Kunsthochschule (zur Zeit: „Staatliches Bauhaus"), für die Kunstgewerbeschule und für die Musikschule und überläßt deren Verwaltung dem „Gebiet Weimar" oder dessen Rechtsnachfolger. Eigentum des Staates wird das Nationaltheater, sowie dessen Fundus, sowie alle in der Kunsthochschule und Kunstgewerbeschule befindlichen Lehrmittelobjekte und -gegenstände. Für die im Schloß zu Weimar einzurichtenden Museumsräume, ebenso für die Einrichtung des alten Barock-Lustschlosses „Belvedere" mit seinen Anhang-Gebäuden (Kavalierhäuser) sollen mit Zustimmung des Großherzogs die erforderlichen Stücke erworben werden. Der öffentlichen Besichtigung zugänglich bleiben alle öffentlichen Anstalten und Museen, einschließlich des stimmungsvollen Wittums-Palais der ehemaligen Großherzogin-Mutter Anna Amalia, des Schlößchens zu Tiefurt, des Liszt-Museums und Goethes Gartenhaus im Park; ebenso die Sehenswürdigkeiten im Schloß zu Weimar. Der Staat übernimmt die Kosten der Verwaltung und Sicherung der Kunstgegenstände in den öffentlichen Anstalten und Museen.

Weitere Bestimmungen betreffen die Bibliothek zu Weimar mit der wertvollen Münzsammlung und den Waffen, die Mineraliensammlung, sowie die Carl Alexander-Bibliothek zu Eisenach.

Zur Sicherung des Verbleibens der Schätze des Goethe- und Schiller-Archivs in Weimar anerkennt der Großherzog die Stadt Weimar als Hauptwohnsitz. Das Eigentum an der Wartburg soll einer zu gründenden Stiftung des öffentlichen Rechtes übertragen werden, mit Ausnahme der Räume, die der Oeffentlichkeit nicht zugänglich gewesen sind, und die dem Großherzoglichen Hause verbleiben. — Soweit das Schloß in Weimar in Frage kommt, wird dem früheren Großherzog ein Nutzungsrecht in dem vorderen Teil des Baues, der von ihm in neuester Zeit erbaut ist, eingeräumt. Ebenso wird dem Großherzog für sich das Recht der Benutzung einer „kleinen Laube" im Nationaltheater zugestanden. (Zwei sehr bedenkliche Zugeständnisse! (Die Red.)

Prof. W. Sch.

Tages-Notizen

Die Erstaufführung von Paul Geräers Suite „Im Reiche des Pan" für großes Orchester wird im 4. Konzert der Volksbühne, Sonntag, mittags ½12 Uhr im Theater am Bülowplatz unter Leitung von Hermann Scherchen mit dem Blüthner-Orchester stattfinden. Außerdem gelangen noch Mahlers Kindertotenlieder und Liszts Symphonie zu Dantes Göttlicher Komödie mit Schlußchor zur Aufführung. Karten 4 M. in den bekannten Verkaufsstellen und an der Mittagskasse. Nichtmitglieder 6 M.

Zum Besten der Oppenhilfe. Mittwoch veranstaltet Organist Alexander Preuß in der St. Marienkirche am Neuen Markt ein Kirchenkonzert. Mitwirkende: Dora Busch (Sopran); Armin Liebermann (Cello); Alexander Preuß (Orgel). Eintritt 3 M., Programm 1 M.

Opernabend des Blüthner-Orchesters unter Hildebrand, Mittwoch, 8 Uhr, Brauerei Friedrichshain. Solistin: Angela Sax (Staatsoper).

Orientvorträge. In der „Deutschen Gesellschaft für Islamkunde" (Geschäftsstelle Berlin-Dahlem, Werderstr. 10) hält nach einem einleitenden Vortrage von Prof. Dr. Kampffmeyer der Lektor des Aegyptisch-Arabischen am Berliner Seminar, Dr. Ahmed Maly, im Hörsaal 33 des Orientalischen Seminars ab 1. November sieben Dienstagsvorträge (8 Uhr): „Einführung in den religiösen und sittlichen Inhalt des Islams". Teilnehmerkarten 8 M. für den Cyclus, 2 M. für den Einzelvortrag, Dorotheenstr. 7, hochp. links oder Abendkasse. — Archäologische Gesellschaft. Dienstag, 7½ Uhr, Künstlerhaus, Bellevuestr. 3, spricht J. Strzygowski (Wien) über die armenische Kunst und ihre Bedeutung für die europäische Kultur.

Kokoschka-Ausstellung bei Gurlitt, Potsdamer Straße. Etwa 100 Arbeiten aus der Zeit von 1907—1921 ab 1. November.

Gesellschaft für Sexualreform. Mittwoch, 8 Uhr, Café Tiergartenhof, Charlottenburg, Berliner Str. 1-3, Frau Dr. med. Ruben über Geburtenverhütung. Karten 1 M.

Internationaler Jugendtag

Wer am Sonntag den Internationalen Jugendtag der Sozialistischen Proletarierjugend Groß-Berlins miterlebt hat, dem mußte es warm ums Herz werden. Der große Saal der Musiker-Festsäle vermochte die Menge der Jugendlichen, die gekommen waren, bei weitem nicht zu fassen.

Die Feier wurde durch einen stimmungsvollen, der Würde und Bedeutung des Tages entsprechenden künstlerischen Teil eingeleitet. Genosse Wolfgang (Mitglied des Staatstheaters) sprach revolutionäre Dichtungen mit starker Wirkung; das Streichquartett Prof. Komann, Frau Komann, Herr Glaser und Sela Trau-Stössinger spielte ganz hervorragend das schöne A-moll Streichquartett von Franz Schubert. Tiefe Ergriffenheit löste der vollendete Vortrag zweier russischer Revolutionsgesänge durch den meisterhaft geschulten Gemischten Chor Groß-Berlin aus.

Dem künstlerischen Teil, der die Jugendlichen und die anwesenden erwachsenen Freunde der Jugend in eine Weihestimmung versetzt hatte, folgten Ansprachen.

Im Namen der Berliner Sozialistischen Proletarierjugend sprach Genosse Mendelsohn über die Bedeutung des Tages. Er formte in begeisterten Worten das Bekenntnis des Jungproletariats, mit den Arbeitsbrüdern und Schwestern der anderen Länder den gemeinsamen Kampf um das gemeinsame Ziel zu führen.

Genosse Crispien als Vertreter der U. S. P. entwarf ein Bild der Geschichte der Arbeiterjugendbewegung und sprach in eindringlichen Worten von der Notwendigkeit des Zusammenarbeitens der jungen und alten Proletarier. „Wenn uns Alten dereinst müde die Rote Fahne des Kampfes aus der Hand entsinkt, dann müssen wir auf eine Proletarierjugend hoffen können, die die Fahne aufnimmt und siegreich unseren Kampf vollendet!"

An Stelle des nach Frankreich abberufenen Genossen Caussy sprach Genosse Seger. Er schilderte die Schwierigkeiten des Kampfes der französischen sozialistischen Jugend die gegen das Frankreich der Gewaltpolitiker und Militaristen die große revolutionäre Tradition, ein Frankreich der Internationale und des Sozialismus, verkörpert.

Der Genosse Rosenthal (Rußland) richtete die Aufforderung an die Jugend, über alles Trennende hinweg auf die große Einheitsfront des internationalen Jungproletariats hinzuarbeiten. Der starke Beifall, der allen Ansprachen folgte, bewies, welch Geist der Kampfesfreudigkeit, welcher Wille zum Vorwärtsstreben unsere Jugend beseelt. Zum Schluß sang der Gemischte Chor die Internationale, in die die Jugend brausend einfiel. Unter den Klängen revolutionärer Kampflieder schritt die Proletarierjugend in rasch formiertem, stattlichen Demonstrationszuge zum Schloßplatz, wo Genosse Schwarz noch einige ermunternde Worte an die Jugend richtete und ein Hoch auf die Internationale Proletarierjugend ausbrachte.

Mit dem Gewinn eines starken inneren Erlebnisses zogen die Jugendlichen, in Ortsgruppen formiert, geschlossen nach Hause. Dieser Tag hat bewiesen, daß die Organisation der Sozialistischen Proletarierjugend in einem erfreulichen, überraschend guten Aufstieg begriffen ist. Mögen nun auch diejenigen Genossen und Genossinnen der U. S. P., deren Kinder noch nicht in unseren Reihen stehen, ihre Pflicht gegenüber der Jugend und damit der Zukunft der Arbeiterbewegung erkennen und erfüllen!

Schweres Schiffsunglück auf dem Wannsee

Zusammenstoß zweier Sterndampfer — Zahlreiche Todesopfer — Verhaftung des schuldigen Kapitäns und Steuermanns

Am gestrigen Sonntag abend kurz nach 7 Uhr stießen auf dem Wannsee, auf der Höhe zwischen Schwanenwerder und Haveleck, die Sterndampfer „Kaiser Wilhelm" und „Storkow" zusammen. Der Anprall war so heftig, daß „Storkow" binnen einer Minute sank. Von den sechzig Passagieren sollen zehn ertrunken sein, doch steht die Zahl der Todesopfer noch nicht fest. Es muß damit gerechnet werden, daß sie sich noch erhöht.

Wie das Unglück geschah

Der Dampfer „Storkow" war als letzter Dampfer des Sonntagsfahrplans 7.15 abends von Gladow nach Wannsee gefahren. Als er um die Halbinsel herumbog, um nach dem Wannsee zu kommen, fuhr ihm aus noch nicht aufgeklärter Ursache der Dampfer „Kaiser Wilhelm der Große" in die Flanke. Die Wucht des Anpralles war so groß, daß der Schiffsrumpf des kleinen Dampfers sofort auseinanderbarst und das Wasser in wenigen Augenblicken das ganze Unterschiff füllte. Es dauerte nur ganz kurze Zeit, und der Dampfer „Storkow" war gesunken. Die auf dem Deck des Dampfers „Storkow" sich aufhaltenden Fahrgäste wurden weggespült. Was aus den wegen des schlechten Wetters in der Kajüte weilenden Passagieren geworden ist, weiß man noch nicht. Leider muß angenommen werden, daß sie sämtlich ertrunken sind.

Die „Storkow" ist ein kleiner Dampfer, sogar eines der kleinsten Schiffe der Stern-Gesellschaft und faßt 93 Personen. Das Personal des Schiffes besteht aus dem Kapitän Michelmann, einem Schiffsführer und einem Heizer. Auf dieser letzten Fahrt haben sich glücklicherweise nur wenig Passagiere an Bord des Schiffes befunden, da die abendliche Kälte gerade gestern die Spaziergänger früher zur Heimkehr veranlaßt haben mag.

Wenige Augenblicke, nachdem das Unglück geschehen war, gab der Dampfer „Kaiser Wilhelm der Große" weittönende Notsignale. Die Sirene heulte durch den dunklen Abend und wurde in den Uferorten und weit hinein ins Land gehört. Auf das Signal hin alarmierten die Polizeiwachen ihre Mannschaften und entsandten diese nach dem Ufer. Gleichzeitig wurde der Potsdamer Wasserschutz mobil gemacht, der mit seinen schnellen Booten sehr bald die Havel herauf kam und in kurzer Zeit an der Unglücksstätte erschien. Auch sonst wurden alle verfügbaren Segel- und Ruderboote flott gemacht, und Motorboote sausten so schnell wie möglich nach der Stelle, von wo die Notsignale und das Hilfegeschrei kamen. Wegen der tiefen Dunkelheit konnten die Retter nur mit größter Vorsicht an die Unglücksstelle herankommen.

Auch die Wannseer Feuerwehr wurde alarmiert und beteiligte sich an der Suche nach den Verunglückten. Das See-Ufer wurde abgesperrt und zahlreiche Fackeln wurden angesteckt, um Verunglückten den Weg zum rettenden Ufer zu zeigen. Der „Motor-Yachtklub von Deutschland" machte nach Ertönen der Notsignale zwei Boote fahrbereit, die an die Unglücksstätte entsandt wurden. Sie fanden aber nur noch Kleidungsstücke und einen Rucksack, Personen wurden nicht aufgefischt. Auch die weitere Suche des Wasserschutzbootes hatte keinen Erfolg. Die Bergungsversuche wurden die ganze Nacht über fortgesetzt.

Die Schuldfrage

Die Unglücksstätte liegt etwa 600 bis 1000 Meter vom Ufer entfernt. Der See ist an dieser Stelle mehrere Meter tief. Der Dampfer „Storkow" ist sofort weggesackt. Von ihm ist nichts mehr zu sehen. Wie es möglich war, daß dieser Zusammenstoß erfolgen konnte, ist noch nicht genau zu ermitteln. **Allem Anschein nach trifft jedoch die Kapitäne der beiden Dampfer die Schuld, denn bei Beobachtung aller Vorschriften und Sicherheitsmaßregeln hätte der Zusammenstoß nicht erfolgen können. Vor allen Dingen muß aufgeklärt werden, ob beide Schiffe vorschriftsmäßige Beleuchtung geführt haben. Wenn dies nicht der Fall gewesen sein sollte, so läge ein schwerer Verstoß vor.**

Amtlich wird gemeldet: Die Rettungs- und Bergungsarbeiten wurden auch in der vergangenen Nacht unter Leitung der Kriminalpolizei fortgesetzt. Es beteiligten sich daran zahlreiche Beamte der Schutzpolizei und viele Privatpersonen. Nach den bisherigen Feststellungen waren beide Dampfer vorschriftsmäßig beleuchtet. **Die Schuld soll den Führer des Dampfers „Kaiser Wilhelm" treffen, der angeblich eine falsche Fahrstrecke benutzte.**

Die Leichen der Ertrunkenen sind zum Teil schon geborgen, doch fehlen bisher noch jegliche Personalien. Die Rettungsarbeiten wurden durch die Dunkelheit sehr erschwert.

Der Kapitän und der Steuermann des Dampfers „Kaiser Wilhelm" sind von der Kriminalpolizei verhaftet worden.

Nach den letzten Nachrichten, die wir im Augenblick nicht nachprüfen können, muß das Ergebnis der bisher angestellten Untersuchung als geradezu vernichtend bezeichnet werden.

Nach Aussagen mehrerer Passagiere und an Hand der Feststellungen, die unmittelbar nach dem Ereignis getroffen wurden, scheint festzustehen, daß sowohl der Kapitän als auch der erste Steuermann des „Kaiser Wilhelm" betrunken gewesen sind!

Es ist ferner ermittelt worden, daß „Kaiser Wilhelm" entgegen dem bestehenden Reglement anstatt nach rechts nach links auszuweichen versuchte, dadurch den Führer des Dampfers „Storkow", der natürlich annehmen durfte, daß seine Kollegen vom großen Dampfer das Reglement innehalten, in Verwirrung brachte und für den schweren Unglücksfall verantwortlich zu machen ist.

Die Zahl der geretteten Personen wurde heute vormittag auf 22 angegeben, die der als Leichen geborgenen auf 6. Wie erwähnt, wird jedoch die Zahl der Todesopfer leider zweifellos wesentlich höher sein.

Alle Nachrichten und Anfragen, die mit dem Unglück zusammenhängen, sind an das Polizeiamt Zehlendorf (Kriminalpolizei), Potsdamer Str. 8, zu richten.

Standrecht in der Tschechoslovakei

Prag, 29. Oktober.

Das über einige Teile der Tschechoslovakei verhängte Standrecht ist auf die ganze Tschechoslovakei ausgedehnt worden. Raub, Brandstiftung, Verbrechen gegen die Sicherheit des Staates sind mit der Todesstrafe bedroht. Das Militär hat Befehl, jede Störung der öffentlichen Ordnung rücksichtslos zu unterdrücken.

Die Verhandlungen in Prag

Prag, 30. Oktober. (Tschechoslov. Pressebureau.)

Freitag abend fanden sich beim Ministerpräsidenten Dr. Benesch die diplomatischen Vertreter der Entente, der englische, der französische und der italienische Gesandte ein. Der Ministerpräsident hatte mit ihnen **eine längere Aussprache über die Ereignisse in Ungarn** und über den Stand der tschechoslovakischen Intervention und der Intervention der Großen Entente. Die Ententegesandten legten den in dieser Sache gefaßten Beschluß der Großen Entente und der Botschafterkonferenz vor und erörterten eingehend den Standpunkt ihrer Regierungen. Der Ministerpräsident legte insbesondere auf Grund der Lage in der Tschechoslovakei und der Vereinbarung mit den Regierungen der Kleinen Entente dar, welches Vorgehen die Tschechoslovakei in der Entwicklung der weiteren Ereignisse einzuhalten gedenke. Nach der Freitagskonferenz wurden die diplomatischen Verhandlungen den ganzen Sonnabend und Sonntag fortgesetzt, ebenso wurde ständig zwischen Belgrad und Budapest verhandelt. Die Ereignisse lassen sich vor Montag nicht genau übersehen. Die Große Entente setzt ihre Verhandlungen auch in Budapest fort, wo ein diplomatischer Schritt in den letzten Tagen in sehr entschiedener Form erfolgt ist. Alles zielt darauf hin, **im letzten kritischen Augenblick einen kriegerischen Zusammenstoß zu vermeiden, der bisher als nicht vollkommen gebannt betrachtet werden kann.**

Sonntag abend um 6 Uhr erschienen die Vertreter der Großmächte beim Ministerpräsidenten mit einer Mitteilung über die Verhandlungen in der Botschafterkonferenz betreffend die letzten Schritte der Kleinen Entente in Paris, London und Rom. **Die Standpunkte der Großmächte und der Kleinen Entente haben sich beträchtlich genähert.** Die diplomatischen Verhandlungen werden fortgesetzt. (Sonnabend vormittag hatten die diplomatischen Vertreter der Kleinen Entente gemäß der Instruktion ihrer Regierungen den Regierungen in Paris, London und Rom eine Note überreicht, welche die Standpunkte und die Forderungen der tschechischen, der südslavischen und der rumänischen Regierung in der magyarischen Frage darlegt. In Paris war daraufhin sofort eine Botschafterkonferenz einberufen worden, um die Note der Kleinen Entente zu behandeln.)

Die Lage in Belgrad

Eine Demarche der Ententevertreter

Belgrad, 30. Oktober.

Während der Samstagssitzung des Ministerrats unternahmen die hiesigen Ententevertreter einen Kollektivschritt, in dem sie als Auffassung ihrer Regierungen zum Ausdruck brachten, **daß Jugoslawien nicht weiter gegen Ungarn vorgehen dürfe.** In einer besonderen Note des italienischen Gesandten wird die jugoslawische Regierung zur „Mäßigung" aufgefordert.

Nach den Meldungen der Blätter habe dieser Schritt der Ententevertreter im Ministerrat lebhafte Proteste hervorgerufen. Es sei die Meinung zum Ausdruck gekommen, daß Jugoslawien, da die Forderungen der Großen Entente an Ungarn vollständig ungenügend seien, jede Verantwortung für die kommenden Ereignisse ablehnen müsse.

In der gleichen Sitzung hat der Ministerrat beschlossen, auch drei Jahrgänge des 2. und 3. Armeekorps — bisher sind nur das 1. und 4. Armeekorps mobilisiert worden — zu einer sechswöchigen Uebung einzuberufen. Die gesamte Presse beglückwünscht die Regierung zu dieser entschiedenen Haltung und nennt die neuen Einberufungen die beste Antwort auf den Schritt der Großen Entente.

Zusammentritt der Nationalversammlung

Der gestrigen Sitzung der jugoslavischen Nationalversammlung wurde in der Oeffentlichkeit entscheidende Bedeutung beigemessen, die auch in dem äußeren Bild der Tagung zum Ausdruck kam. Die Abgeordneten waren fast vollzählig anwesend, die Tribünen, auf denen auch alle Belgrader Vertreter der auswärtigen Staaten Platz genommen hatten, von Zuhörern überfüllt. Der Stellvertreter des Ministerpräsidenten, Trifkowic, gab im Namen der Regierung eine längere Erklärung ab. Er führte aus, daß das Erscheinen Karls in Ungarn den Frieden bedroht habe. Unter Zustimmung der Großen Entente hätten die Regierungen Jugoslaviens, der Tschechoslovakei und Rumäniens sofort bei der Budapester Regierung Schritte unternommen, deren bisheriger Erfolg sei, daß Karl aus Ungarn ausgewiesen und der Großen Entente ausgeliefert werden solle. Dieser Erfolg könne Jugoslavien und der Tschechoslovakei nicht genügen. Die offiziellen Kreise in Ungarn, die bis vor kurzem Karl Habsburg für den gesetzlichen Souverän Ungarns erklärten, würden auch fernerhin dieselben bleiben. Da die jugoslavische Regierung aber den endgültigen Frieden wolle, sei es ihre Pflicht, im Einvernehmen mit den Verbündeten, die notwendigen Garantien zu erwirken, — wenn möglich, auf friedlichem Wege, **falls notwendig, auch unter Anwendung der äußersten Mittel.** — Nach dem Regierungsvertreter sprachen Redner sämtlicher Parteien, die, einschließlich des Vertreters der Sozialdemokraten, sämtlich ihr Einverständnis mit der Regierung erklärten.

Einigung der tschechoslowakischen Kommunisten. Auf dem Kongreß der kommunistischen Partei der einzelnen Nationalitäten der Tschechoslowakei, der am Sonntag in Prag eröffnet wurde, wurde mit allen Stimmen die Verschmelzung zu einer einheitlichen kommunistischen Partei der Tschechoslowakei beschlossen. Sodann wurde eine Zuschrift der Dritten Internationale verlesen.

An unsere Abonnenten!

Um unseren Zeitungsausträgerinnen die Arbeit zu erleichtern und um ihnen unnötige doppelte Wege zu ersparen, bitten wir unsere Abonnenten, das Abonnementsgeld für den laufenden Monat stets in den ersten Tagen des Monats zur Abholung bereitzuhalten. Durch dieses eigentlich selbstverständliche Entgegenkommen der Abonnenten wird die ununterbrochene pünktliche Weiterbelieferung am besten gewährleistet.

Wir machen ferner darauf aufmerksam, daß alle „Freiheit"-Speditionen und Ausgabestellen Bestellungen auf Bücher, Broschüren, Inserate und kleine Anzeigen jederzeit entgegennehmen.

Beschwerden über unpünktliche Belieferung sind zuerst in der zuständigen Spedition anhängig zu machen. Sollte diese keine Abhilfe schaffen, so wende man sich direkt an den Verlag, Berlin C. 2, Breite Straße 8/9.

Französischer Sozialistenkongreß

Eine Ansprache Ledebours

Paris, 30. Oktober. (W. T. B.)

Auf dem Sozialistenkongreß hat in der heutigen Vormittagssitzung der Abgeordnete Blum den Bericht der Kammerfraktion vorgetragen, der einstimmige Annahme fand. Die elsaß-lothringischen Delegierten protestierten energisch gegen den Plan, die elsaß-lothringischen Eisenbahnen der französischen Ostbahn anzugliedern. Während der Sitzung erschien als Vertreter der deutschen Unabhängigen Sozialisten, der Reichstagsabgeordnete Ledebour. Er wurde vom Präsidenten des Kongresses, Mayeras, lebhaft begrüßt. Der Beifall der Versammlung beim Erscheinen des deutschen Reichstagsabgeordneten wurde vom Präsidenten als ein Zeichen der Entspannung der Geister bezeichnet, um zu einer vollkommenen Verbrüderung der Völker zu gelangen. **Ledebour erklärte in seiner Ansprache vor dem Kongreß, die Wiederherstellung der Internationale ohne Anschluß irgendeiner sozialistischen Gruppe, sogar mit Einschluß der Kommunisten, die auch Arbeitervertreter seien, sei notwendig.** Jedoch erklärte Ledebour es für erforderlich, daß jeder nationalen Partei ihre Unabhängigkeit in Fragen der Taktik belassen werde. Es sei von Wichtigkeit, daß alle ausländischen sozialistischen Parteien, insbesondere die französische, energisch gegen den Militarismus und den Imperialismus ihrer Regierungen vorgingen, damit sie den deutschen Sozialisten ihre Aufgabe im Kampf gegen den „Chauvinismus, das Alldeutschtum und den Militarismus" erleichterten. Ledebour hielt seine Rede in französischer Sprache.

Nach einer E.E.-Meldung führte Ledebour noch aus: Der Krieg habe die internationalen Sozialisten gespalten, aber es wäre eine schlechte Berechnung, wenn man auf ihre Moskowisierung zähle. Er wolle den französischen Sozialisten keine Ratschläge geben, glaube aber, daß zahlreiche Punkte vorhanden seien, in denen man zu einem Einvernehmen gelangen könnte, um den Weltfrieden zu fördern. **Man müsse gemeinsam handeln, um neue Kriege zu vermeiden.** In Deutschland sei eine Republik entstanden, doch konnte sie bis jetzt noch nicht alles verwirklichen, was notwendig war, um die monarchistischen Elemente an ihrer Tätigkeit zu hindern. **Es liege an den französischen Sozialisten und an den Sozialisten der anderen Länder, Deutschland zu helfen und den Weltimperialismus zu bekämpfen.** Ohne die anderen vermögen die deutschen Sozialisten nichts. So oft sich in Frankreich chauvinistische Meinungen hervorwagen, ist dies ein ungeheurer Verlust für die deutschen Sozialisten. Die Franzosen dürfen nicht den Eindruck erwecken, als ob sie die Wiedergeburt Deutschlands verhindern wollten. Der Militarismus sei eine internationale reaktionäre Bewegung.

Sodann sprachen andere Delegierte aus der Schweiz, aus Spanien und der Tschechoslovakei. Der Schwede Engbert erklärte, daß er fast als der Delegierte seiner Regierung betrachtet werden könne, denn an deren Spitze stehe Branting, der alte Kämpfer der Internationale. Für Georgien sprach Tseretti, der das schreckliche Elend der Arbeiterschaft in seinem Lande schilderte, das unter der Herrschaft der Bolschewisten furchtbar zu leiden hat. Für Belgien sprach de Brouckère, der die Umstände darlegte, unter denen die belgischen Sozialisten ihre Mitarbeit an der Regierung einstellten.

Der Dollar 184. Die Börse begann heute vormittag bereits um 9 Uhr. Sie bot dasselbe Bild wie an den vergangenen Tagen. Der Dollar wurde weiter auf 184 heraufgetrieben.

Rund um den Sonntag

Ein Raubüberfall wurde gestern Nachmittag gegen 5½ Uhr an der Nikolaikirche von zwei Männern auf eine Frau verübt. Sie wurde zu Boden geworfen und ihrer Handtasche, die 500 österreichische Kronen enthielt, beraubt. Auf ihre Hilferufe flüchteten die Täter, doch wurde einer in der Stralauer Straße durch einen Passanten festgehalten und einer Streife der Schutzpolizei übergeben. Sein Helfer ist entkommen.

•

Der Verband der Evangelischen Arbeiter- und Volksvereine feierte den gestrigen Reformationstag im Lustgarten. Nur ein paar hundert Personen waren erschienen, die nicht gerade wie Arbeiter aussahen. Die Reden, die gehalten wurden, waren auf den üblichen nationalistisch-muckerischen Spießerton gestimmt, den die Herren Maschinengewehrpastoren noch immer so gut beherrschen wie anno 1914-1918. Die Reformation, die diese Herren meinen, ist natürlich eine bloße Attrappe, hinter der die krasseste Reaktion sich verbirgt.

•

Sechs Silber- und Papiergeldschieber wurden gestern von der Kriminalpolizei angehalten. Auf dem Bahnhof Friedrichstraße fiel ein Mann auf, der einen schweren Koffer trug. Er wurde festgestellt als ein gewisser Günther, der in Königsberg i. Pr. mit zwei Angestellten den Aufkauf von Edelmetall betreibt. Der Koffer enthielt Silbergeld, das beschlagnahmt wurde. Verhaftet wurden weiter zwei Männer namens Engelbrecht und Mausel, als sie deutsches Silbergeld einer Schmelze übergeben wollten. Endlich wurde ein Schieber gefaßt, der sechs Millionen Duma-Rubel in einem Handkoffer bei sich führte, um sie ins Ausland zu bringen.

•

Zwei junge Burschen, gewesene Fürsorgezöglinge, die eine alte Arbeiterin, die Großmutter des einen, im September in Dresden ermordet hatten, wurden gestern in einem Lokal in der Friedrichstadt verhaftet. Die Fürsorgeerziehung hatte sie nicht gebessert, moralisiert der Polizeirapport. Ja, ist denn die Fürsorgeerziehung so beschaffen, daß sie jemanden bessern kann?

•

Eine blutige Liebestragödie ereignete sich gegen Mitternacht. Der 24jährige Kaufmann Erich Stieler aus der Marstraße 5 erschoß die 25jährige Kontoristin Elisabeth Waehner, die bei ihren Eltern im Hause Elbinger Straße 9 wohnte, vor dem Elternhause, weil sie die Verlobung mit ihm aufgelöst hatte. Dann richtete er die Waffe gegen sich selbst und verletzte sich durch einen Schuß an der Stirn. Eine Streife der Schutzpolizei nahm den Täter fest und brachte ihn nach einem Krankenhaus. Seine Verletzung ist nicht lebensgefährlich. Er hatte auf seine Braut fünf Schüsse abgegeben, von denen zwei sie tötlich verletzt haben.

Die nächste Stadtverordneten-Versammlung

Die bürgerlichen Blätter melden, daß die nächste Sitzung der Berliner Stadtverordnetenversammlung am 17. 11. stattfinden wird. Demgegenüber erfahren wir, daß dieser Termin noch keineswegs endgültig feststeht. Bevor nicht die Wahl-Annahmeerklärungen eingelaufen und die damit zusammenhängenden technischen Arbeiten erledigt sind, läßt sich Bestimmtes über den Zusammentritt der neuen Stadtverordnetenversammlung jedenfalls nicht sagen.

Voraussichtliches Wetter für Berlin und Umgegend am Dienstag. Ziemlich mild, überwiegend bewölkt und etwas nebelig, mit leichten Regenfällen und mäßigen westlichen Winden.

Gewerkschaftliches

Borniertes Unternehmertum

Die gestrigen Verhandlungen im Gastwirtsstreik blieben ergebnislos. Die Unternehmer lehnten den Vorschlag zur Bildung eines Schiedsgerichtes einstimmig ab. Wie es in den Köpfen der Gastwirtsunternehmer aussieht, ersehen wir auch an einem hübschen Beispiel, das die „Welt am Montag" heute veröffentlicht. Es heißt da:

„Von dem Geist, der in der Generalversammlung zur Ablehnung des Schiedsgerichts führte, legt eine Aeußerung des einen der Redner Zeugnis ab. Dieser meinte, daß die Entscheidung des Völkerbundrates über Oberschlesien den besten Beweis geliefert habe, was bei einem sogenannten Schiedsgericht herauskomme. Ebenso wie ein Chinese über das Schicksal dieses deutschen Landes entschieden habe, so sei es durchaus möglich, daß ein solcher „Chinese" über die Interessen des Berliner Gastwirtsgewerbes in einem unparteiischen Schiedsgericht eine Entscheidung treffen könnte. Diese Aeußerung fand stürmischen Beifall.

Diese Herabsetzung des von der Regierung zur schiedsgerichtlichen Beendigung des Gasthauskampfes berufenen Beamten ist ein starkes Stück, das von einem „Herrenstandpunkt" zeugt, wie er gleich schroff seit langem sich nicht mehr hervorwagte. Der törichte „Vergleich" mit dem Oberschlesien-Schiedsgericht übersieht, daß ohne Völkerbunds-Entscheidung längst glattweg der Herrenstandpunkt Clemenceaus die Auslieferung ganz Oberschlesiens an Polen erreicht hätte.

Nach einem solchen Verhalten dürfen die Gastwirte sich nicht wundern, wenn jetzt in der Arbeiterschaft und über ihre Kreise hinaus die Stimmung sich lebhaft gegen sie wendet."

Wir haben dieser Skizzierung nichts hinzuzufügen. Ueber die weiteren Maßnahmen, die nun ergriffen werden, informiert der Aufruf, den wir zu gleicher Zeit veröffentlichen.

Funktionärkonferenz

Heute, abends 7 Uhr, findet in den Sophiensälen, Sophienstraße 17/18, eine Konferenz der Parteifunktionäre, U. S. P. D.-Gewerkschaftsfunktionäre und politischen Vertrauensleute statt.

Tagesordnung: „Die politische Lage."

Referent: Genosse Arthur Crispien.

Als Ausweis gelten die lila und roten Funktionärkarten.

Bezirksverband Berlin-Brandenburg.

Drohender Streik der Tapezierer und Sattler

Am gestrigen Sonntag befaßten sich in einer gutbesuchten Versammlung die Berliner Tapezierer und Sattler mit dem Angebot der Unternehmer. Der erste Bevollmächtigte gab einen Situationsbericht und schilderte die Verschleppungstaktik der Arbeitgeber. Er schlug vor, die Unternehmer aufzufordern, den Stundenlohn sämtlicher Branchen um 2,50 M. zu erhöhen. Alle Diskussionsredner stimmten den Ausführungen ihres Vorsitzenden zu. Einstimmig wurde eine Resolution angenommen, die besagt, daß eine Versammlung am Montag abend zum Streik Stellung nehmen soll, wenn der Spruch des Schlichtungsausschusses, der heute tagt, nicht den Forderungen der Arbeitnehmer entsprechen sollte.

Betriebsräteschule

Im Laufe dieser Woche beginnen folgende zwei Lehrgänge: Donnerstag, den 3. November 1921, nachm. 5½ Uhr, im Sophien-Lyzeum, Weinmeisterstr. 16-17, Gesangsaal: Arbeitswissenschaftliche Besprechungen (mit einer Führung durch das städtische Berufsamt, mit Vorführung von Lichtbildern und Prüfungsapparaten.

Freitag den 4. November 1921, nachm. 5 Uhr, städtische Höhere Fachschule für Textil- und Bekleidungsindustrie Warschauer Platz 6-8, Zimmer 117: Buchhaltung und Bilanz als Kontrollmittel (Hörer mit Vorkenntnissen, insbesondere für Techniker und kaufmännische Angestellte.)

Teilnehmerkarten sind im Bureau der Freigewerkschaftlichen Betriebsrätezentrale, Engelufer 24-25, 2. Hof l. zum Preise von 6 M. erhältlich (Arbeitslose unentgeltlich). Ferner können die Kollegen die Hörerbeiträge auch bei dem in der ersten Stunde zu wählenden Kursvertrauensmann entrichten.

Freigewerkschaftliche Betriebsrätezentrale, Betriebsräteschule.

Verbindlich erklärter Tarifvertrag für Kellerarbeiter. Auf Verfügung des Reichsarbeitsministeriums ist unter dem 20. Oktober 1921 gemäß der Verordnung nach § vom 23. 11. 1918 mit dem Arbeitgeberverband der Getränkeindustrien und verwandter Gewerbe von Groß-Berlin E. V. und dem Deutschen Transportarbeiter-Verband am 23. 8. 21 getätigte Lohnabkommen für die Weingroßhandlungen sowie Likörbetriebe für den Geltungsbereich der neuen Stadtgemeinde Berlin für allgemein verbindlich erklärt worden. Die allgemeine Verbindlichkeit beginnt mit Wirkung vom 1. September 1921. Reg.-Nr. 917/20. IV. D. Tarifverträge sind im Bureau des Deutschen Transportarbeiter-Verbandes, Engelufer 24/25, Zimmer 38, gegen Vorzeigung des Mitgliedsbuches zu haben. Arbeiter und Arbeiterinnen, welche den tarifmäßigen Lohn nicht erhalten, wollen sich ebendaselbst melden.

Parteiveranstaltungen

14. Distrikt. Weihnachtsbescherung für unsere Kinder. Wir bitten alle Genossinnen und Genossen sowie „Freiheit"-Leser, uns zu unterstützen, indem sie entbehrliche Kleidungsstücke, Wäsche, Schuhe, Bücher, Spielsachen usw. schon jetzt abgeben bei Frau Marcuse, Straßburger Str. 23, Hof 4 Tr. Geldspenden nimmt dankend entgegen Wilh. Beh. Kassierer, Schwedter Str. 256, v. 2 Tr.

Montag, 31. Oktober

19. Verwaltungsbezirk (Abt. Niederschönhausen). Abends ½8 Uhr Frauenleseabend bei Klindt, Friedensplatz, Ecke Bismarckstraße. Gäste haben Zutritt.

8. Distrikt. Die für heute abend angesetzte Distrikts-Vorstandssitzung kann der Berliner Funktionärkonferenz wegen nicht stattfinden und wird daher auf den Donnerstag dieser Woche im selben Lokal festgesetzt.

Mittwoch, 2. November

9. Verwaltungsbezirk (Wilmersdorf, Schmargendorf, Grunewald). Abends 7½ Uhr Mitgliederversammlung bei Kullo, Wilmersdorf, Lauenburger Str. 21-22. Tagesordnung: 1. Wahl der Delegierten zum Parteitag. 2. Bericht über die Stadtverordnetenwahlen. 3. Bericht des Vorstandes.

18. Distrikt (Gesundbrunnen). Agitationskommission. Abends 7 Uhr Obleutesitzung bei Ernst, Bellermannstr. 24.

Donnerstag, 3. November

18. Distrikt (Gesundbrunnen). Abends 7 Uhr Vorstandssitzung bei Schurzmann, Stettiner Str. 11.

Vereinskalender

Dienstag, 1. November

Arbeiter-Esperantisten. Pünktlich 7½ Uhr Monatsversammlung im Sophien-Lyzeum, Weinmeisterstraße.

Donnerstag, 3. November

Bund der technischen Angestellten und Beamten, Ortsgruppe Nord-West 1. Abends 7½ Uhr Mitgliederversammlung mit Lichtbildervortrag im Restaurant Mattke, Turmstr. 78.

Verantwortlich für Politik und Feuilleton: Leo Liebschütz, Berlin-Friedenau; für Kommunalpolitik, Lokales und Gewerkschaftliches: B. Rudner, Berlin; für den Inseratenteil und geschäftliche Mitteilungen: Ludwig Kemeriner, Charlottenburg. — Verlagsgenossenschaft „Freiheit", e. G. m. b. H., Berlin. — Druck der Berliner Druckerei G. m. b. H., Berlin C. 2, Breite Straße 8-9.

Persil
das selbsttätige Waschmittel in höchster Vollendung!
Es ist nicht nur das beste, sondern auch im Gebrauch billigste Waschmittel.
Wenig Arbeit, geringer Kohlenverbrauch, größte Billigkeit!
Achten Sie auf diese Vorzüge und kaufen Sie nur Persil.
Alleinige Fabrikanten: Henkel & Cie., Düsseldorf, auch der „Henko", Henkel's Wasch- und Bleich-Soda.
Preis das Paket Mk. 5.—

Theater und Vergnügungen

Volksbühne
7½ Uhr: Masse Mensch

Neues Volkstheater
Köpenicker Str. 68.
7½ Uhr: Die Wildente

Staatstheater.
Opernhaus
7½ Uhr: Madame Butterfly
Schauspielhaus
7½ U.: König Richard III

Direkt.: Max Reinhardt
Deutsches Theater
7½ Uhr: Louis Ferdinand Prinz von Preußen
Kammerspiele
8 Uhr: Der Hühnerhof
Großes Schauspielhaus
Karlstraße
7½ Uhr: Die Räuber

Dallner-Theater
Täglich 7.30 Uhr:
Nixchen

Theater am Nollendorfplatz
8 Uhr:
Der Vetter aus Dingsda

Walhalla-Theater
8 Uhr:
Die Glocken von Corneville

TRIANON-THEATER
Täglich 8 Uhr:
Mein Freund Teddy
Sonntag 4 U.: Kleine Preise
Der Dieb

RESIDENZ-THEATER
½8 Uhr: Der König in Paris
Sonntag, 4 U.: Kleine Pr.
Lochen Humbrecht

Theater i. d. Königgrätzer Str.:
Allabendlich 7.30 Uhr:
Manon Lescaut
(Orska, Janssen, Riemann, Wilde, Brandt, Picha, Rehkopf, v. Twardowski, Appelt, Klupp)

Komödienhaus:
Täglich 7.30 Uhr: Die Fahrt ins Blaue
Erika Glässner, Richard, Engl, Fröckl, Stieda, Bernburg

Berliner Theater:
Täglich 7.30 Uhr:
Prinzessin Olala
Fritzi Massary a. G.
Ralph Arthur Roberts, Pepi Zampa, Herb. Kiper

Komische Oper
7½ allabendlich 7½
Die große Ausstattungs-Operetten-Revue
Der Herr der Welt

Theater des Ostens
7½ Uhr:
Fidele Brüder

Theater a. Kottbus. Tor
Tel.: Mpl. 16077
Tägl. 7½ Uhr u. Stg. nachm. 3 U.
Elite-Sänger
Blütchen-Konzert
Vorv. 11-1½ u. 4-6

7½ Casino-Theater 7½
Nur noch b. inkl. 3. Novemb.
Exzellenz Maxe
Stg. 3½ Uhr: Pantoffelheld

KLEINES THEATER
½8 Uhr: Carola Toelle in Fri. Josette — meine Frau
Sonntag, 4 U. Kleine Pr.
Casanovas Sohn

81 Apollotheater 81.
Friedrichstraße 218
Unter persönlicher Leitung des Komponisten
Paul Lincke
FRAU LUNA
Ausstattungsoperette

METROPOL VARIETE
Behrenstraße 54,
8 Uhr:
Der unübertreffliche Oktober-Spielplan

Circus Busch
Tgl. 7½, Stg. auch 3 U.
Heute Montag der große Wettetag!
Die Zweifler gegen Breitbart, Borski, Wertheim und Cirensk.

Säle frei! f. Festlichkeiten u. Versammlg. zu solid. Preisen
Kellers Festsäle, Koppenstr. 29
Inhaber: Gustav Sawatzki

Metallankaufsstelle Osten, Grüner Weg 80
zahlt Tagespreise für
Kupfer, Messing, Blei, Zink etc.

Bekanntmachung

Der Fabrikant Moritz Barth jun., Berlin, Cotheniusstraße 11 wohnhaft, hat die Genehmigung zur Errichtung eines Faßwerkes auf seinem Grundstück am Industriebahnhof in Berlin-Hohenschönhausen, eingetragen im Grundbuch, Band 15, Blatt 447, beantragt.

Etwaige Einwendungen gegen diese Anlage sind bei dem unterzeichneten Stadtausschuß binnen 14 Tagen, vom Tage nach der Veröffentlichung ab gerechnet, schriftlich in doppelter Ausfertigung oder zu Protokoll anzubringen. Nach Ablauf dieser Frist können Einwendungen nicht mehr erhoben werden. Beschreibung und Zeichnungen der geplanten Anlage liegen in unserem Bureau, Karlshorst, Treskow-Allee 44, Zimmer Nr. 8, an den Geschäftstagen in der Zeit von 9 bis 2 Uhr während der oben bezeichneten Frist zur Einsicht aus.

Zur mündlichen Erörterung der rechtzeitig erhobenen Einwendungen wird vor unserem Kommissar, Stadtsekretär Weigel, auf Freitag, den 18. November 1921, vormittags 11 Uhr, in unserem Bureau ein Termin anberaumt, zu dem der Unternehmer sowie die Widersprechenden unter der Eröffnung geladen werden, daß auch bei ihrem Ausbleiben mit der Erörterung der Einwendungen vorgegangen wird.

Berlin-Karlshorst, den 27. Oktober 1921.

Stadtausschuß Berlin. Abteilung V.

J. V.: Dr. Graeffner.

Rasche Hilfe bei qualvollem, besonders nachts unerträglichem Hautjucken bringt der sicher wirkende „Grinda-balsam", d. auch in hartnäckigsten Fällen bewährt ist. Mk. 17.50.
Otto Reichel
Berlin 46, 60, Eisenbahnstr. 4

Leim und Schellack
jeden Posten, auch pfundweise (sowie Säcke, neu und gebraucht, Jute- und Papiergewebe, kauft
E. Thau, Elsasser Str. 39
Möbelladen N 2847 und Wiclefstr. 28, v. l (Mbt. 2933)

Feldstecher Operngläser Photoapp. Mikroskope kauft DWZ, Oranienstraße 138.

Botenfrauen sofort gesucht

Spedition Werner
Greifswalder Straße 29
Tour:
Barnimstr. — Christburger Str. — Elbinger Str.

Spedition Wengels
O., Cadiner Straße 11
Tour: Liebigstraße — Rigaer Straße

Annahme in allen Speditionen des Verlages
Kleine Anzeigen
Geschäftsstelle: Berlin C 2, Breite Str. 8-9
Das Ueberschriftswort 2.— M., jedes weitere Wort im Text 1.50 M. netto.
Stellungsgesuche: Ueberschriftswort 1.50 M., jedes weitere Wort im Text 1.— M.

Verkäufe

Central-Leihhaus, Jägerstraße 71, Ecke Kanonierstraße, täglicher Verkauf von hocheleganten Anzügen, Cutaways, Smokings und Frackanzügen von 150 Mark an. Schlüpfer, Raglans zu spottbilligen Preisen. Keine Lombardware.

Staunenerregend! Rotfüchse 60.—, Kreuzfüchse 75.— Mark an! Alaskafüchse! Silberfüchse! Zobelfüchse! Skunkse! Iltisse! sowie alle anderen Pelzarten! Riesenauswahl! Keine Versatzwaren! Alles zu bedeutend herabgesetzten, spottbilligen Sommerpreisen! Spezial-Pelzverkauf im Leihhaus! Warschauer Str. 7.

Anzüge, Schlüpfer, Gummimäntel 275, elegante Damenmäntel 110, Kreuzfüchse 78 usw. Riesenauswahl, zu fabelhaft billigen Preisen in besten Qualitäten. Keine Lombardware. Leihhaus Boxhagener Str. 47, (Lichtenberg).

Gelegenheitskäufe. Gute und billige Bücher jeder Art findet man stets in der Buchhandlung „Freiheit", Breite Straße 8-9.

Möbel

Chaiselongues 160,—, Chaiselonguedecke 75,—, Metallbetten 160,—, Kinderbettstelle. Weiche, Augsburgstraße Na. Ougb.

Teilzahlung. Einzelmöbel, ganze Einrichtungen, bequeme Zahlweise. Möbelhaus Reisfeld, Badstr. 34.

Bilder, Kunstblätter, Wandschmuck mit und ohne Rahmen kauft man in der Buchhandlung „Freiheit", Breite Straße 8/9.

Kaufgesuche

Velourteppiche, andere Diwandecken, Läufer, Schulmann, Winterfeldtstraße 32. Kurfürst 4070.

Schellack, Leim, Malerartikel kauft jeden Posten. Farbenhändler, Linienstraße 199a (Rosenthaler Platz). Norden 5053.

Hilferding, „Das Finanzkapital", broschiert oder gebunden kauft Buchhandlung „Freiheit", Berlin C 2, Breite Straße 8-9.

Werkzeuge und Maschinen

Akkumulatoren kauft F. Wittig, Berlin-Grunewald, Hohenzollerndamm 52.

Geld-Verkehr

Betriebskapital, Gelddarlehen, Ratenrückzahlung. Richter, Invalidenstr. 146, II.

Entlaufen

1000 Mark Belohnung! Foxterrierhündin, rauhhaarig, schwarz-weiß gezeichnet, mit gelbem Lederhalsband, Berliner Marke, Sonntag, den 16. Oktober, nachmittags, Johannisthal, verloren gegangen. Abzugeben bei Ungewitter, Johannisthal Am grünen Anger 11.

Arbeitsmarkt

Händler gesucht für den Vertrieb aktueller Broschüren. Buchhandlung „Freiheit", Breite Straße 8/9.

Der Mieterschutz
Preis 4.00 Mark
Beste gemeinverständl. Darstellung des Mieterschutzes u. der Höchstmietenverordnung
Von Dr. Paul Herz und Rechtsanwalt Dr. Kurt Boenheim / II. Nachtrag:
„Die Aenderungen des Mieterschutzes"
Bestellen Sie sofort bei der Buchhandlung „Freiheit" / Berlin C 2

Ansiedlungen

Fredersdorf
eingezäunte Parzellen 1500.— Anzahlung. Siedlungsverein, Steglitz, Treitschkestraße 15.

Verschiedenes

Elternbeiräte! Richtlinien für eure Tätigkeit findet ihr in der Schrift von Dr. Kurt Kerlöw-Löwenstein, „Der Elternbeirat" 2,50 Mk.) Buchhandlung „Freiheit", Breite Str. 8-9.

Mandolinenverein, guteingespielter, sucht Mitglieder (Blattspieler). Uebungsabende Freitags. Restaurant Quitzowstr. 108. (Putlitzbahnhof).

Brockhaus-Konversationslexikon, 14. (letzte) Auflage in 17 Halblederbänden verkauft Buchhandlung „Freiheit", Berlin, Breite Straße 8-9.

Jeder Betriebsrat muß die Schrift von Rud. Hilferding „Die Sozialisierung und die Machtverhältnisse der Klassen" lesen. Preis 3.— Mk. (Porto extra). Zu beziehen durch die Buchhandlung „Freiheit", Berlin C 2, Breite Straße 8-9.

Frauen lesen gern Romane. Verlangen Sie gegen Einsendung von 11.— Mark den „Weg zum Haß", Roman von Conrad Loele von der Buchhandlung „Freiheit". Breite Straße 8-9.